



Herabsenkung der Eingangsbesoldung rechtswidrig?

„Es ist ein positives Signal der Landesregierung, dass im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Entwurf zum Landesbeamten- und Landesbesoldungsgesetz nochmals im Detail diskutiert wurde“, so die Landesjugendvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP) Sabrina Kunz.

Die rheinland-pfälzischen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen mussten in den letzten Jahren zahlreiche Kürzungen hinnehmen und immer für die schlechte Haushaltssituation im Land hinhalten“, so die Landesjugendchefin der Gewerkschaft der Polizei weiter.

Auch die ver.di Jugend Rheinland-Pfalz hält den vorliegenden Gesetzesentwurf, der eine Herabsenkung der Eingangsbesoldung um eine Besoldungsgruppe (mind. 120 € monatlich) für drei Jahre vorsieht, für kontraproduktiv.

Maria Andreaachi - Landesvorsitzende der ver.di Jugend – dazu, „Es ist nicht familienfreundlich, gerade jüngeren Menschen in der Phase der Familiengründung finanzielle Mittel zu kürzen“.

Beide Vertreterinnen sind sich einig, dass die gedachte Kürzung mittelfristig eine personalpolitische Katastrophe für das Land nach sich ziehen wird.

Es ist durchaus nachvollziehbar, wenn junge Menschen sich nach einem anderen Arbeitgeber umsehen bzw. sie sich dorthin orientieren, wo sie für ihre qualitative Arbeit den höchsten Gegenwert bekommen.

„Unsere Generation wird durch Flexibilität und Mobilität ausgezeichnet und unter diesen Gesichtspunkten ist es kontraproduktiv, jungen Menschen den finanziellen Boden zu entziehen und sie so in andere Betriebe bzw. zu einem anderen Arbeitgeber zu locken. Demotivation ist die Folge und Demotivation schafft Unzufriedenheit und diese wiederum führt zu zahlreichen Krankheitstagen, die andere auch wieder auffangen müssen. Das kann nicht der personalpolitische Wille einer Landesregierung sein“, die übereinstimmende Meinung beider Vertreterinnen.

Die Kritik der ver.di Jugend und der JUNGEN GRUPPE (GdP) an der Landesregierung, „es ist wirklich schade, dass sich eine Landesregierung mehr als Arbeitgeber und nicht als eine politische Spitze sieht.“

Sabrina Kunz
Vorsitzende JUNGE GRUPPE